



Bildung in Entwicklungs- und Schwellenländern stärken – Bildungsmaßnahmen anpassen und wirksamer gestalten

Beschluss des Bundesfachausschusses Entwicklungszusammenarbeit und Menschenrechte der CDU Deutschlands unter der Leitung von Arnold Vaatz MdB vom 15. Mai 2013:

Die Zusammenarbeit im Bereich Bildung ist im 21. Jahrhundert zu einer globalen Aufgabe geworden - und damit zu einem zentralen Schwerpunkt deutscher Entwicklungspolitik. Der Erwerb und die Anwendung von Wissen bestimmen die individuellen und gesellschaftlichen Entwicklungschancen und sind wesentliche Voraussetzungen für nachhaltiges Wirtschaftswachstum. Deutschland nimmt das Thema Bildung im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit als zentrale außen- und entwicklungspolitische Aufgabe gestaltend wahr. Schließlich ermöglicht Bildung den Menschen, am gesellschaftlichen, kulturellen, politischen und wirtschaftlichen Leben teilzunehmen. Auch in Entwicklungsländern geben Bildung und Ausbildung ihnen die Chance, ihr Schicksal selbst in die Hand zu nehmen und der Perspektivlosigkeit und Armut zu entkommen.

Die UN-Millenniumsziele (MDG) betonen die umfassende Grundbildung für alle Kinder und die dringende Notwendigkeit einer Aufhebung der Benachteiligung von Mädchen und Frauen. Für die UNESCO ist Bildung eines der Hauptaktivitätsfelder. Sie verfügt über ein weltweites Netzwerk regionaler Büros für Bildung. Im Rahmen der Vereinten Nationen ist sie für die Koordinierung der weltweiten Anstrengungen zur Erreichung der MDG-Ziele bis 2015 und die Initiative „I-GOAL-Bildung für alle“ (*Education for all - EFA*) zuständig. Um die Fortschritte und Herausforderungen in der Durchsetzung der beschlossenen Bildungsmaßnahmen weltweit zu messen und zu kontrollieren, wird jährlich der Weltbildungsbericht der UNESCO, der Global Monitoring Report (GMR), vorgelegt. Insgesamt wird eine höhere Wirksamkeit bildungspolitischer Zusammenarbeit von Geber- und Partnerländern angestrebt. Deutsche globale Bildungskampagnen können dabei weiterhin einen wichtigen Beitrag leisten. Beispielsweise zeigen Projekte wie „Schulen für Afrika“ unter der Schirmherrschaft von UNICEF, dass Entwicklung möglich ist. Die

umfangreiche Arbeit zum Beispiel der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) mit über 100 Bildungs- und Berufsbildungsprogrammen und einem Mittelansatz von 600 Millionen Euro ist ein gewichtiger Beitrag zur Förderung von Bildung weltweit.

Doch trotz erheblicher Anstrengungen der internationalen Gemeinschaft und auch der Entwicklungspartner ist die Bildungssituation in vielen Ländern weiterhin besorgniserregend. Millionen von Menschen haben keinen oder nur sehr eingeschränkten Zugang zu Bildungsangeboten. Das beginnt bei unzureichenden Angeboten und mangelnder Attraktivität des Schulbesuchs für Kinder und Jugendliche und spiegelt sich ferner im Mangel an qualifizierter beruflicher und wissenschaftlicher Fortbildung wider. Die jeweiligen Gegebenheiten der vorhandenen Bildungssysteme in Entwicklungs- und Schwellenländern müssen festgestellt werden, um fortschrittliche, maßgeschneiderte Lösungsansätze zu entwickeln.

1. Grundbildung

Bei der Verwirklichung der Millenniumsziele und der Education For All Ziele, in Entwicklungsländern eine verbesserte frühkindliche Vorbildung und Primarbildung zu gewährleisten sowie die Gleichstellung der Geschlechter zu fördern, gibt es nur begrenzte Fortschritte. Aufgrund vielfältiger Ursachen wie schnellem Bevölkerungswachstum oder unzureichender Finanzierung sind die Ergebnisse nicht ausreichend, um die bis 2015 gesteckten Ziele im Bereich der Grundbildung zu erreichen. Noch immer besuchen 67 Mio. Kinder keine Schule. Doch sind eine früh beginnende Grundbildung und eine kindbezogene Pädagogik eine Voraussetzung für erfolgreiches lebenslanges Lernen. Daher ist solch früh beginnende Grundbildung intensiver zu fördern. Die in Kindern natürlich vorhandene Motivation, Neues zu lernen, kommt früh beginnender Grundbildung entgegen.

2. Sekundarbildung

In Zukunft muss ebenso ein stärkerer Schwerpunkt auf die Sekundarbildung gelegt werden. Hier geht es darum, dass allgemeinbildende, berufsvorbereitende und alltagsrelevante Werte, Inhalte und Kompetenzen vermittelt werden sollen. Denn auch wenn in vielen Entwicklungs- und Schwellenländern die untere Sekundarstufe Teil der

verpflichtenden Grundbildung ist, sind die Qualifikationen der Absolventen oft nicht ausreichend für weiterführende Bildung oder den Einstieg in den Arbeitsmarkt.

3. Berufliche Bildung

Für Wirtschaftswachstum und breitenwirksame Beschäftigung braucht es ausreichend gute berufliche Aus- und Weiterbildung. Dazu müssen die Berufsbildungssysteme eng mit dem Arbeitsmarkt der jeweiligen Länder verbunden sein, um flexibel auf die sich ändernden Anforderungen der regionalen Arbeitsmärkte reagieren zu können. Der deutsche Ansatz der Dualen Berufsausbildung, bei dem die Ausbildungsinhalte parallel in Betrieb und Berufsschule vermittelt werden, genießt international hohes Ansehen. Die deutschen Erfahrungen werden in Entwicklungs- und Schwellenländern nachgefragt. Nach diesem Modell, maßgeschneidert für die Gegebenheiten und Bedürfnisse des interessierten Partnerlandes, kann Jugendlichen nach ihrer Ausbildung der direkte Berufseinstieg erleichtert und Arbeitslosigkeit verhindert werden. Außerdem kann dem Fachkräftemangel entgegengewirkt werden.

4. Hochschulbildung und Wissenschaft

In vielen Ländern besteht ein Bedarf an gut ausgebildeten, verantwortungsbewussten Akademikern, die die rechtsstaatlichen Prozesse in ihren Ländern steuern, sich für demokratische Werte einsetzen und die nationale wirtschaftliche Entwicklung durch eigene Forschung und innovative neue Produkte ankurbeln. An diesen mangelt es in Entwicklungs- und Schwellenländern jedoch in der Regel, da nur ein geringer Teil der Bevölkerung studiert und Universitätsabsolventen häufig nicht dem Bedarf des lokalen Arbeitsmarkts entsprechen. In Deutschland leisten bisher Nichtregierungsorganisationen, Kirchen, die Durchführungsorganisationen der Entwicklungszusammenarbeit sowie der Deutsche Akademische Austauschdienst ihren Beitrag zur Erweiterung der Kapazitäten in Bildung, Wissenschaft und Forschung in Entwicklungs- und Schwellenländern.

5. Lehrerausbildung

Eine gute Aus- und Fortbildung von Lehrern ist Grundlage von effektiver und wirksamer Entwicklungszusammenarbeit im Bildungsbereich. Gut ausgebildete Lehrer, die auch didaktisch, fachlich und pädagogisch geschult sind, haben entscheidenden Einfluss auf die Ausbildungserfolge der Lernenden. Den sozialen, kulturellen und auch materiellen Status

von Lehrern zur vorangestellten Aufgabe von Entwicklungsarbeit im Bildungsbereich zu machen, muss weiterhin Ziel in der Bildungsarbeit sein.

6. Erwachsenenbildung und Alphabetisierung

Erwachsenenbildung sowie die Vermittlung von Lese- und Schreibfähigkeit bei Jugendlichen und Erwachsenen spielt in der Entwicklungszusammenarbeit bisher noch eine untergeordnete Rolle. Lebenslanges Lernen muss entsprechend stärker gefördert werden, um Menschen eine Berufstätigkeit und damit ein eigenverantwortliches Leben zu ermöglichen. Laut Weltbildungsbericht der UNESCO sind etwa 16 Prozent der erwachsenen Weltbevölkerung Analphabeten. Ungefähr zwei Drittel davon sind Frauen.

7. Welche Maßnahmen müssen ergriffen werden?

Die Zusammenarbeit der internationalen Gemeinschaft

- Geberländer und ihre Partner müssen den Themen Bildung und Ausbildung in der Entwicklungszusammenarbeit größere Bedeutung beimessen und Strategien im Sinne der Steigerung der Qualität, Wirksamkeit und Nachhaltigkeit entwickeln.
- Das Thema „Bildung für nachhaltige Entwicklung“, das von den Vereinten Nationen zur Weltdekade erklärt wurde, muss weiter aktiv gefördert werden.
- Insbesondere in fragilen Staaten und Krisengebieten müssen private Träger dabei unterstützt werden, ein Minimum an stabilisierenden Bildungsangeboten bereitzustellen.
- Im Rahmen von Schuldenerlassen entstehende finanzielle Spielräume müssen auch dem Bildungsbereich zugutekommen.
- Geberländer und ihre Partner müssen sich aktiv an Reformen zum Fortschritt der *Education For All Initiative* beteiligen. Ziel muss es sein, alle Bereiche der staatlichen und auch nicht-staatlichen Bildung, bestehend aus frühkindlicher Bildung, Primar- und Sekundarbildung, Beruflicher Bildung, Hochschulbildung und

Erwachsenenbildung sinnvoll zu koordinieren, aufeinander aufzubauen und untereinander durchlässig zu machen.

- In den betroffenen Partnerländern müssen verstärkt Aufklärungsarbeit und Kampagnen gegen Kinderarbeit durchgeführt werden und die Einhaltung der Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation thematisiert werden.
- Die Lehreraus- und -weiterbildung, Infrastruktur, effizientes Management des Bildungssystems, moderne kindbezogene Unterrichtsmethoden und mehrsprachiger Unterricht müssen aktiv gefördert werden. Dabei müssen Qualität und Relevanz der Unterrichtsinhalte für die Lebens- und Alltagswelt sichergestellt sowie Lehrpläne stärker als bisher auf Ausbildungs- und Beschäftigungsfähigkeit sowie auf sinnvolle, kreative Lebensgestaltung ausgerichtet werden.
- Initiativen der UNESCO zu lebenslangem Lernen und zum Einsatz von Computern und der Internetzugang zur Ermöglichung des E-Learnings müssen vorangetrieben werden.
- Die internationale Gebergemeinschaft sollte den Aufbau von Alumni-Netzwerken und ihre Verknüpfung mit dem lokalen Arbeitsmarkt unterstützen, sowie den Partnerländern dabei helfen, Abschlüsse und Qualifikationen internationalen Standards anzupassen. Dazu müssen Universitätsmanagementschulungen, praxisorientierte Curriculaentwicklung und Dozententrainings gefördert werden. Besonders wichtig ist hier auch den Aufbau und die Pflege von Kontakten zwischen Universitäten und dem Privatsektor.

Die Rolle der Partnerländer

- Die Entwicklungs- und Schwellenländer sollten sich mit Hilfe internationaler Unterstützung stärker auf die Verbesserung des Bildungsangebots und seiner Qualität konzentrieren. Dabei sollten sie sich auf die Kooperation mit privaten und zivilgesellschaftlichen Akteuren konzentrieren, um flächendeckend ausreichend auf

die lokalen Bedürfnisse abgestimmte (Berufs- und) Bildungsangebote zu entwickeln.

- Um Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen ein Verständnis für das Prinzip der „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ zu vermitteln, sollte es auf allen Schulstufen in die Lehrpläne aufgenommen werden.
- Gemeinsam mit den Partnerländern müssen Strategien entwickelt werden, um allen Bevölkerungsschichten den Zugang zu Hochschulbildung zu ermöglichen und für die Aufwertung des Lehrberufs zu sorgen.
- Ferner müssen vor Ort Anstrengungen unternommen werden, um nachhaltige Wirtschaftsentwicklung und gute Regierungsführung fördern. Eine leistungsfähige Privatwirtschaft und gut funktionierende öffentliche Sektoren sind letztlich auch die Grundlage für starke Bildungssysteme.

Aufgaben der deutschen Entwicklungszusammenarbeit

- Die Kooperation mit den Politischen Stiftungen, Nichtregierungsorganisationen und kirchlichen Einrichtungen im Bildungsbereich muss gestärkt werden. Zugleich werden wir das qualitativ und finanziell hohe Niveau der staatlichen Entwicklungszusammenarbeit durch die Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit beibehalten und weiter verbessern.
- Deutsche Bildungs- und Wissenschaftseinrichtungen sowie die deutsche Wirtschaft müssen zur Zusammenarbeit für die entwicklungspolitische Zusammenarbeit gewonnen werden. Bestehende Partnerschaften zwischen Hochschuleinrichtungen beider Seiten sind zu intensivieren und zu erweitern. Die Erfahrung der deutschen Auslandsschulen und der Goethe-Institute und deren vor Ort über viele Jahre gewachsene Netzwerke müssen intensiver zur Stärkung der Bildungssysteme in den Partnerländern genutzt werden.

- Für den Aufbau von Dualer Berufsbildung sind die Kenntnisse der deutschen Industrie- und Handelskammern sowie der Handwerkskammern miteinzubeziehen und der Aufbau von Berufsakademien im Rahmen von öffentlich-privaten Partnerschafts- Projekten zu fördern. Die Beratung durch das Bundesinstitut für Berufsbildung (BiBB) und des Goethe-Instituts vor Ort sind ebenfalls nötig.
- Bund und Bundesländer sollten vermehrt Studienplätze und Stipendien an begabte Studierende aus Entwicklungs- und Schwellenländern auf Basis ihrer Bedürftigkeit vergeben und damit sicherstellen, dass vor allem finanziell benachteiligte Studierende die Möglichkeit eines Studiums in Deutschland erhalten. Darüber hinaus muss sichergestellt werden, dass die Studierenden in der Regel in ihre Herkunftsländer zurückkehren, um dort ihr erworbenes Wissen zur Anwendung zu bringen.
- Im Sinne einer schlüssigen und wirkungsvollen Politik ist es notwendig, die Bildungsangebote und Instrumente des Auswärtigen Amts, des Bundesministeriums für Bildung und Forschung, des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und der Länder aufeinander abzustimmen und miteinander zu verzahnen.